

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Seit 1861. Heute geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach 100. Frankfurt a. M. Nr. 7403.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatthaus Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach 100. Frankfurt a. M. Nr. 7403.

Verlagspreis: Durch den Verlag bezogen: M. 2.80 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Traglohn; durch die Post bezogen: M. 4.75 monatlich, M. 14.25 vierteljährlich, ohne Bestell-
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabebeholden, die Zeitungs- und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreis: Einzelne Anzeigen M. 1.25, auswärtige Anzeigen M. 1.80, druckliche Anzeigen M. 5.—
auswärtige Anzeigen M. 7.— für die erste Seite, Kolonnenweise oder deren Raum. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entfallender Nachsch. — Schluss der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
verschiedenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abtheilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Samstag, 7. August 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 306. • 68. Jahrgang.

Eine gewisse deutsche Presse führt seit einiger Zeit einen Kampf, der sich gegen die französischen Truppen afrikanischer Abstammung richtet.

Die gegen diese Truppen aufgestellten Behauptungen entsprechen in keiner Weise der Wahrheit.

Die letzten Fälle, die den Militärbehörden angezeigt wurden, waren keineswegs Gegenstand einer sorgfältigen Untersuchung. Sie konnten nur in einer beschränkten Anzahl festgelegt werden, bei denen die Schuldigen sofort und exemplarisch bestraft wurden.

Der Reichskommissar hat seinerseits bei der hohen Interalliierten Kommission nur eine sehr geringe Anzahl derartigen Vorfälle vorgebracht, bei denen die Untersuchungen ein belastendes Resultat nicht ergaben.

Wohlgemerkt, die sich für solche unüberlegte Aussagen gegen die schwarzen Truppen ergaben, haben diese zurückgezogen, Entschuldigungen veröffentlicht und darin erklärt, daß sie in ihrem guten Glauben getäuscht worden sind.

Unter diesen Umständen ist es angebracht, im Interesse der Wahrheit diese Behauptungen, die jeder Grundlage entbehren, zu widerrufen.

gez. Tirard,

Präsident der hohen Interalliierten Rheinlandskommission.

Die Verteidigung Warschaus.

Br. Berlin, 7. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Aus Warschau wird gemeldet: Gestern nacht hat sich hier unter dem Vorherrschen der Stadtpräsidenten der Warschauer Verteidigungsrat gebildet und die Bevölkerung aufgefordert zum Eintritt in die Warschauer Sicherheitswehr, an welcher auch die sozialistische Partei teilnimmt. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß Warschau nicht ohne entscheidende Schlacht aufgegeben werden dürfe. Der Ministerpräsident empfing in Gegenwart des Innenministers und des Kriegsministers eine Abordnung der nationalistischen Organisation, der er erklärte, Warschau werde sich bis zur letzten Möglichkeit verteidigen.

Br. Berlin, 7. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Aus Königsberg wird berichtet, die Lage an der polnischen Front sei so, daß trotz des erfolgreichen Widerstandes die Polen an der Subfront gesumpen sind, im Norden dauernd nachzugeben. Ihre ganze Taktik wird von den Bolschewiken diktiert, da die vorbereiteten polnischen Stellungen bei Modlin zum Teil bereits nordwestlich von Warschau liegen. Es steht fest, daß die Polen strategisch Warschau bereits aufgegeben haben, wenn es nicht gelingt, die Stellungen artistisch hart zu halten. Der Fall derselben sei nur eine Frage weniger Tage.

Br. Paris, 6. Aug. Über die Lage in Polen schreibt der „Temps“: Man hat den Eindruck, daß in den militärischen Operationen ein vielleicht nur augenblicklicher Stillstand eingetreten ist, da die roten Truppen nach dem ungeheuren Vorrat der letzten Tage Ruhebedürfnis zu haben scheinen. Ihrer Artillerie scheint es an Munition zu fehlen und ihre Infanterie besteht aus ungleichmäßig bewaffneter, ihrer ausgezeichneten Kavallerie scheint ermüdet zu sein. Aus Warschau sind heute keine militärischen Nachrichten eingetroffen. Es ist wahrscheinlich, daß die polnische Regierung, um Zeit zu gewinnen, von der Sowjetregierung die Mitteilung der Friedensbedingungen durch Funkpost zu erlangen suchen wird. Trotzdem werden die Delegierten nach Rinsf abreisen.

Brody von den Polen zurückerobert.

Br. Kopenhagen, 7. Aug. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm meldet der polnische Generalkonsul von 5. Aug.: Die Offensive der Bolschewiken am mittleren Laufe des Sereth wurde zum Stehen gebracht. Die polnische Gegenoffensive entwickelt sich günstig. Bolschewistische Truppen in Galizien, die den Sereth überschritten hatten, wurden auf das andere Ufer zurückgeworfen. Brody wurde von den Polen zurückerobert.

Ein polnischer Funkspruch.

Br. London, 7. Aug. (Drahtbericht.) Die polnische Regierung ließ Freitag, 4.15 Uhr nachts, folgenden Funkspruch, der sich auf die Waffenstillstandsverhandlungen bezieht, verbreiten: Die polnische Regierung hat Kenntnis von den neuen Vorschlägen der Alliierten genommen. Die polnischen Bevollmächtigten wünschen, daß die Waffenstillstandsverhandlungen zu einem Abschluß gelangen, der für beide Teile die Garantie des Unterbleibens jeder Aktion gibt.

Eine Konferenz mit Krasin und Ramenew.

Br. Paris, 7. Aug. (Drahtbericht.) Wie die Morgenblätter aus London melden, fand gestern nachmittag zwischen Lloyd George und Bonar Law einerseits und Krasin und Ramenew andererseits eine Konferenz statt, die von 3 1/2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends dauerte. Engländerseits waren weiterhin Windhorne Churchill und Marshall Wilson anwesend.

Br. Amsterdam, 7. Aug. (Drahtbericht.) Die „Times“ meldet zu der gestern unterbreiteten zwischen Lloyd George und den russischen Vertretern, daß der Inhalt der Note Ramenews in allen Einzelheiten besprochen wurde. Ebenso die Bedingungen für einen Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen. Über das Ergebnis der Unterbreitung wird Ramenew direkt nach Moskau berichten. Von Lenins Antwort auf diese Mitteilung wird es abhängen, ob diese Krise gelöst werden kann.

Ein Schreiben Ramenews an Lloyd George.

Br. London, 7. Aug. (Drahtbericht Havas.) Ramenew veröffentlicht ein Schreiben, das er am 5. August an Lloyd George gerichtet hat. Dieser Brief erklärt, daß die polnischen Delegierten zur Waffenstillstandskonferenz mit Vollmacht zur Behandlung der militärischen Fragen ausgerüstet gewesen wären. Nichtsdestoweniger sei es klar, daß bei den Waffenstillstandsverhandlungen gewisse Garantiebestimmungen gegeben werden sollten, die über die rein militärische Frage hinausgingen. Die Hilfe, die Polen von Frankreich geboten wird, und die Hilfe, die die Polen durch General Wrangel auf dem rechten Frontabschnitt erhalten, machen es notwendig, daß diese Garantie gegeben wird, damit Polen den Waffenstillstand nicht dazu ausnützen könne, seine militärische Lage zu verbessern.

Eine neue Konferenz in Boulogne.

Br. T. B. Paris, 6. Aug. Die Pariser Abendpresse verbreitet eine Nachricht der „Morning Post“ aus Paris, in wenigen Tagen werde in Boulogne eine neue Konferenz stattfinden. Millerand und Lloyd George würden über die Lage beraten, über die verdächtige Haltung der Sowjetregierung und insbesondere über ihre Beziehungen zu den Deutschen.

Das „Journal des Debats“ schreibt: Die Nachricht, daß eine neue Blockade Rußlands geplant sei, erhalte für den Augenblick keine Bestätigung. Aber es sei sehr wahrscheinlich, daß etwas Ähnliches geschehe, angesichts der Antwort, die Tschischerin gestern nach London gelangen lassen. Auch dieses Blatt bestätigt, daß eine neue Zusammenkunft in Boulogne zwischen Millerand und Lloyd George im Grundabge beschlossen sei, daß man jedoch noch nicht wisse, an welchem Tage die Konferenz stattfinden werde.

Br. Paris, 7. Aug. (Drahtbericht.) Lloyd George wird am kommenden Sonntag in Boulogne mit Millerand eine Besprechung haben. Millerand ist bereits nach Boulogne abgereist. In seiner Begleitung befindet sich Marshall Foch.

Eine dritte deutsche Note über den Grenzschutz.

Br. Paris, 7. Aug. (Drahtbericht.) Beim obersten Rat ist jetzt eine dritte Note der deutschen Regierung eingetroffen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß sich an der deutsch-polnischen Grenze Schutzwehren gebildet haben, deren Kontrolle die deutsche Regierung in die Hand nehmen muß. Die deutsche Regierung bittet daher um Genehmigung, Reichswehrtruppen durch das Abkündigungsgesetz entsenden zu dürfen. Das „Journal“ erklärt, daß die Alliierten auf die zweite vorangegangene Note der deutschen Regierung in derselben Angelegenheit noch nicht geantwortet hätten, weil zwischen London und Paris die Frage verschieden beantwortet wurde.

Eine französisch-ungarische Militärkonvention.

Br. Berlin, 7. Aug. Nach einer Meldung des „B. T.“ aus Wien sei in Gödöllö zwischen dem ungarischen Reichsverweser Horthy und der französischen Militärmission der Entwurf einer Militärkonvention vereinbart worden, nach der sich Ungarn verpflichte, eine Armee von 100 000 Mann aufzustellen, um den Krieg gegen Sowjetrußland zu eröffnen. Frankreich verpflichte sich darin, seinerseits bei der Bolschewistkonferenz dahin zu wirken, daß Ungarn ein Teil Westungarns sowie Gebiete bei Kalmar und Bredburg angeschlossen würden. Die Konvention sei in Paris von der französischen Regierung bereits genehmigt worden.

Italien bleibt passiv.

Br. Berlin, 7. Aug. Laut „B. T.“ meldet der „Popolo Romano“, Giolitti habe dem französischen Vorkämpfer erklärt, daß bei einer eventuellen Intervention der Alliierten in Polen Italien passiv bleiben werde.

Die englische Arbeiterpartei gegen eine Intervention in Polen.

Br. London, 6. Aug. Der Sekretär der englischen Arbeiterpartei Henderson sandte an alle Ortsgruppen Englands ein Telegramm, worin es heißt: Wegen der sehr drohenden Möglichkeit der Ausbreitung des polnisch-russischen Krieges ersuche ich alle Ortsgruppen dringend, Kundgebungen zu organisieren, um gegen eine Intervention und das Ausenden von Soldaten und Munition für Polen zu protestieren und folgende Forderungen aufzustellen: Friedensverhandlungen, sofortige Aufhebung der Blockade und Wiederherstellung der Handelsbeziehungen. Die Resolutionen in diesem Sinne sind an den Premierminister und die Presse zu senden.

Eine Sowjetregierung in Ostgalizien.

Br. Berlin, 7. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Nach in Wien eingetroffenen Meldungen soll in Ostgalizien bereits eine Sowjetregierung eingesetzt worden sein. Sie habe das Eigentum der Industriellen, Banken und Großgrundbesitzer als beschlagnahmt, dagegen das der Kleinbauern als unantastbar erklärt.

Eine Ergänzung des Reichskabinetts.

Br. Berlin, 7. Aug. Wie verlautet, steht für die nächste Zeit eine Umbildung des Reichskabinetts bevor. Das Wiederaufbauministerium soll künftig nicht mehr mit einem Minister besetzt werden, da seine Arbeit im wesentlichen vom Auswärtigen Amt beeinflusst werden muß. Es wird infolgedessen in ein Staatssekretariat verwandelt und dem Auswärtigen Amt unterstellt werden. Das Kabinett hat das Bedürfnis, den dadurch freiwerdenden Ministerposten zu besetzen, weil die Notwendigkeit empfunden wird, einen besonderen Minister mit der Aufrechterhaltung enger Verbindung mit den Ländern und mit dem Vorherrschen im Reichsrat zu betrauen. Die Ressortmitteilung wird mit Arbeit betraut überlassen, daß man ihnen diese Aufgabe zu ihren bisherigen Arbeiten nicht noch aufzählen kann. Infolgedessen beabsichtigt man, den Reichsanwaltsposten, den heute der Reichsjustizminister Dr. Heine innehat, von einem Ressort freizumachen und als selbständigen Posten zu besetzen. Dabei will das Kabinett den Vorschlag des Ministers ohne Vorwissen, der im vorigen Kabinett von Dr. David besetzt wurde, laoren. Für die Besetzung des Reichsanwaltspostens ist, da Dr. Heine Wert darauf legt, sein Fachministerium zu behalten, der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei von Kardorff in Aussicht genommen; doch liegt der endgültige Kabinettsbeschluss, der alle diese Fragen regelt, noch nicht vor. Für das Staatssekretariat für den Wiederaufbau wird der Name des früheren Präsidenten der Enthaltdigungscommission, Geheimrat Dr. Siekmann, genannt.

Die Frage der Fleischpreiserhöhung.

Br. Berlin, 6. Aug. Der Volkswirtschaftsausschuss des Reichstags beriet heute die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch. Mit Bezugnahme auf die Aushörungen des Ernährungsministers legte der Abg. Wieber (Zentr.) einen Antrag vor, die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch solange hinauszuschieben, bis die entsprechenden Sicherungen von Brotgetreide und Futtermitteln durchgeführt sind. Minister Hermes betonte, daß diese Sicherungen zu schaffen erklärterweise bis Mitte August nicht möglich sein werde. Die Einfuhr von Mais- und Futtergerste werde sich wohl noch in diesem Monat durchführen lassen. Diese Futtermittel sollen dann der Landwirtschaft zu erträglichen Preisen zugeführt werden. Als dritte Bedingung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft muß der Fortbestand der Reichsfleischstelle verlangt werden, damit diese auch weiterhin regulierend bei der Fleischverteilung und auf die Preisgestaltung wirken könne. Sachverständige sollen dabei mitwirken. Der Vorsitzende Abg. Simon wünscht im Hinblick auf den Antrag Auswirkung der Beratungen, bis die Unterlagen für die notwendigen Sicherungen geschaffen sind, und schlägt vor, schließlich die Frage der Vieh- und Fleischpreiserhöhung weiter zu behandeln. Nach längerer Debatte wird dem Antraggegeben und der Regierungsvorlage gibt die diesbezüglichen Vorschläge der Regierung bekannt. Die Grockviehpreise sollen um 40 M. für den Zentner gesenkt werden und der Preis für Tiere in der Klasse B um 30 M. niedriger gesetzt und für die schlechtesten dieser Klasse ein Preis von 240 M. für den Zentner festgesetzt werden. Gegenüber den von den Abgeordneten vorgebrachten Einwänden betont Minister Hermes, die Herabsetzung der Viehpreise müsse er durchführen, insbesondere auch im Hinblick auf die Wünsche der Landwirtschaft in Süd- und Ostdeutschland. Wegen Entschädigung der an Maul- und Flußseuche zu Verlust gekommenen Tiere sei er mit den Ländern in Verbindung getreten. Bayern hätte bereits über 30 Millionen Mark bereitgestellt.

Es werden darauf die Preise wie folgt festgelegt: Für gering geschätzte Rinder 180 M., für ansehnliche Rinder 240 M., für Schlachtkühe Klasse B 200 M., für Schlachtkühe Klasse A 240 M. für den Zentner. Der Höchstpreis für Schafschäfer im Alter unter 3 Jahren wird festgesetzt auf 250 M., für Schlachtschweine auf 250 M. Der Preis für Vertragschweine wird dadurch nicht herabgesetzt. Für Schafe und Lämmer wurde je nach Alter und Fleischqualität ein Preis von 200 bis 260 M. festgelegt. Sodann wurde auch dem Regierungsentwurf über die Einführung der Rundenlisten über die Fleischkarte einstimmig zugestimmt.

Eine Verbalnote über die Verhaftung Dortens.

Br. Mainz, 7. Aug. (Drahtbericht.) Wie das „Echo du Rhin“ meldet, hat gestern Reichskommissar v. Starck der interalliierten Rheinlandskommission in Koblenz das Bedauern seiner Regierung über die gegen die im besetzten Gebiete geltenden Bestimmungen erfolgte Verhaftung Dr. Dortens in einer Verbalnote ausgedrückt, die gleichzeitig zum Ausdruck bringt, daß die preussische Regierung eine Untersuchung der Angelegenheit betreibt, um die Verantwortlichen festzustellen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Streik im Saargebiet.

Br. Mainz, 8. Aug. Über den Streik im Saargebiet liegen weitere Meldungen bisher nicht mehr vor. Aus dem Umstande aber, daß seit heute mittag eine Drahtverbindung mit dem Saargebiet nicht mehr verlangt werden kann, ist zu schließen, daß auch die Postbediensteten, wie bereits in der letzten Meldung als wahrscheinlich angezeigt wurde, sich dem Streik angeschlossen haben.

Verhandlungen über Lohnfragen im Ruhrbergbau.

Br. Essen, 7. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen den Zechenverbänden und Bergarbeiterverbänden über verschiedene Lohnfragen im Ruhrbergbau und die Forderungen der Bergarbeiter, die bekanntlich einen 100prozentigen Lohnzuschlag für Sonntagsarbeiten verlangen, haben bisher zu keinen Ergebnissen geführt und sind vorläufig abgebrochen worden. Am Montag sollen neue Verhandlungen aufgenommen werden.

Dr. Simons über den Völkerbund.

mr. Berlin, 7. Aug. Reichsminister Dr. Simons gab heute vor seiner Abreise einem Vertreter der Deutschen Liga für den Völkerbund eine Unterredung, in der er u. a. auf die Frage antwortete:

Wie amtlich bekanntgegeben wird, hoffen Sie Mittel und Wege zu finden, um die aus der Lagenangelegenheit zwischen der deutschen und der französischen Regierung entstandene Spannung im Sinne der Völkerbundssätze zu erledigen; was für Mittel und Wege meinen Sie damit?

Die Antwort lautete: Die Anregung der Deutschen Liga für den Völkerbund, diese Angelegenheit unter Berücksichtigung der Völkerbundssätze zu behandeln, entspricht ganz meinen Wünschen. Ich habe der französischen Regierung auf ihre letzte mir in dieser Angelegenheit übermittelte Note vorgelegt, die Erledigung des Falles dem Völkerbund zu übertragen. Eine solche Erledigung ist in Artikel 17 des Völkerbundstatuts auch für den Fall vorgesehen, daß einer der an dem Streitfall beteiligten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes ist. Ich habe der französischen Regierung auch namens der deutschen Regierung erklärt, daß Deutschland bereit ist, die Bestimmungen der Artikel 12 bis 16 der Völkerbundssätze anzuerkennen. Ich will nicht unterlassen, ob die französische Regierung nicht als Mitglied des Völkerbundes logar die Pflicht hat, den Streitfall im gegenwärtigen Stadium dem Völkerbund zu unterbreiten; jedenfalls bietet ihr Artikel 11 Absatz 2 auch die formelle Möglichkeit, auf unseren Vorschlag einzugehen. Ich möchte aber betonen, daß die Völkerbundssätze auch ein Teil des Friedensvertrages ist. Sie wissen, daß ich dessen Innehaltung als die Aufgabe meiner Politik betrachte. Der Friedensvertrag ist wesentlich gekennzeichnet dadurch, daß er Deutschland eine Reihe schwerer Verpflichtungen eintrifft; umso mehr muß die deutsche Politik darauf bedacht sein, daß er auch in den letzten sehr wenig zahlreichen Punkten peinlich beobachtet wird, wo er Deutschland Rechte läßt. Wir haben die Völkerbundssätze unterzeichnen müssen, ohne Mitglied werden zu können und haben die Wirksamkeit des Völkerbundes praktisch anerkennen müssen in all den Fällen, wo er gemäß dem Friedensvertrag Verpflichtungen auferlegte. Der Völkerbund hat als Treuhänder des Saargebietes und als Schlichter der freien Stadt Danzig für uns eine schmerzliche Bedeutung erhalten. In allen Fällen ist seine Wirksamkeit bisher hinter der Aufgabe zurückgeblieben, die ihm durch den Friedensvertrag geleistet worden ist. Ich erinnere nur an die Frage der deutschen Kolonien. Ein um so größeres Interesse haben wir selbst nicht nur, sondern alle Signatarmächte daran, daß die guten Grundlagen, auf denen der Gedanke des Völkerbundes beruht, sich bewahren können. Die festeste Grundlage muß sein das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit. Es zur Anwendung zu bringen, bietet sich hier dem Bund Gelegenheit. Mit dem Prinzip kann er zugleich sich selbst durchsetzen und sein moralisches Ansehen wieder stärken, das die Ereignisse im Osten bedenklich erschüttert haben. Darum war mir die Anregung Ihrer Liga sehr willkommen. Den Friedensvertrag in allen seinen Teilen haben die Vertreter bitter ernst gemeint, und sie haben allen Grund, ihn ebenso bitter ernst zu nehmen. Besonders für die alliierten Mächte bietet er den Verlust, das Ergebnis des Krieges als ihren Erfolg zu realisieren, und das geht nur auf unsere Kosten. Sein erster Teil aber, die Völkerbundssätze, bedeutet den Versuch, die durch den Krieg verursachten Schäden auszugleichen, um einen friedlichen Verkehr aller Völker zu verwirklichen. Die Gedanken, die diesem Versuch zugrunde liegen, haben sich in den letzten Jahren in der ganzen Welt verbreitet und sind zu teuer erkaufte, als daß die Menschheit sie jemals wieder fahren lassen könnte. Jeder ernst gemeinte Vorschlag, den Völkerbund mit einer Lösung internationaler Fragen zu betrauen, bringt die Gesamtheit einen kleinen Schritt näher an das Ziel.

Der Heeresauschuß des Völkerbundes.

mr. San Sebastian, 7. Aug. (Drahtbericht Havas.) Der ständige beratende Ausschuss des Völkerbundes über Heeres-, Marine- und Luftschiffangelegenheiten hielt gestern unter dem Vorsitz des Generals Chaque zwei Sitzungen ab. Man besprach den Entwurf eines Reglements des Völkerbundes hinsichtlich der Stärke und Bewaffnung der Staaten, die um ihre Aufnahme in den Völkerbund ersucht haben, ferner die Kontrolle des Handels mit Waffen und Munition, des Gebrauchs von erscheinenden Gasen und der Pflichten des Ausschusses zur Ausübung des Beaufsichtigungsrechtes, das von Deutschland durch Artikel 213 des Friedensvertrages anerkannt wurde. Die Mitglieder des Ausschusses werden heute in ihre Heimatländer zurückkehren. Die Sekretäre der drei Ausschüsse werden sich nach dem Sitz des Bundes in London begeben. Die nächste Sitzung des Gesamtausschusses und des militärischen Unterausschusses wird in Brüssel tagen, die des Marineauschusses in Paris.

Höchstleistungen der Jugend.

Über das Alter, in dem Genies der Welt ihre höchsten Leistungen geleistet haben, hat man in letzter Zeit Untersuchungen angestellt, die zu dem Ergebnis führten, daß die Jugend die wichtigste Periode für die schöpferische Tätigkeit des Menschen ist. Diese Annahme wird durch einen Überblick über die „Jugendleistungen“ in der Kulturgeschichte bestätigt, den Dr. P. Krüger in der „Allgemeinen“ gibt. Der Verfasser vertritt den Standpunkt, daß die Jugendzeit, d. h. die Periode vom 15. bis zum 25. Jahre die eigentliche schöpferische Periode im Menschenleben darstellt, während das reife Alter als der ausführende und praktisch durchführende Teil des Daseins erscheint. Diese auch biologisch nachweisbare Auffassung wird durch ein außerordentlich reichhaltiges Material von Jugendleistungen gestützt, aus dem einige markante Beispiele angeführt werden. So verfaßte Euripides mit 18 Jahren seine ersten Tragödien und Aristophanes mit 23 Jahren sein erstes Lustspiel. Dante faßte den Plan zu der „Göttlichen Komödie“ als 20jähriger Jüngling; Petrarca schrieb als 15jähriger seine ersten Gedichte. Donatello meißelte mit 20 Jahren seinen berühmten St. Georg und Michelangelo schuf als 21jähriger die Statue der Pietà im Petersdom. Raffael erreichte mit 21 Jahren den ersten Höhepunkt seines Schaffens in dem Bild der Verklärung Maria. Von einer geradezu rätselfhaften Reife ist die Kunst Holbeins d. J. in dem Basler Meisterbildnis des Bürgermeisters Meyer und seiner Frau. Auch Rembrandt ist mit 25 Jahren bereits auf einem Gipfel seiner Darstellungskraft angelangt; Velasquez erreichte als 20jähriger mit seinen berühmten Börsen- und Kirchenbildern Aufsehen, und eine ganze Reihe „alter Meister“ sind mit 19 und 20 Jahren berühmte Künstler. Als 19jähriger veröffentlicht der Spanier Lope sein erstes Schauspiel, der französische Aristokrat Racine mit 21, Shakespeare mit 22 Jahren, Lessing mit 17, und Schiller machte bereits mit 13 und 14 Jahren seine ersten dramatischen Entwürfe. Goethes dichterische Erstlinge stammen aus dem 14. Jahre; mit 21 schuf er das „Feidenstein“, mit 22 den „Götz“, mit 23 den „Werther“ und den „Ullrich“. Calderon gibt mit 25 Jahren eins seiner größten Werke „Das Leben ein Traum“. Seine mit 22 Jahren seine schönsten Gedichte. Als eine geradezu dämonische Jugendleistung kann man den erst aus seinem Nachlaß veröffentlichten Roman „November“ von Gaudert betrachten.

Professor Regnes über die Folgen von Spa.

mr. Berlin, 7. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Professor Regnes, der Verfasser des Buches über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensschlusses, hat sich in einem Briefe in der „Times“ über seine Ansichten über die Folgen von Spa ausgesprochen und meint, daß es vielleicht an sich möglich sein könnte, die Lieferungen von 2 Millionen Tonnen Kohlen zu leisten, vorausgesetzt, daß die Oberländer in deutscher Hand bliebe. Ob aber die jetzige deutsche Regierung die Lieferung praktisch durchführen könne, müsse dahingestellt bleiben. Ebenso bliebe es zweifelhaft, ob die deutsche Regierung imstande sei, die Abrüstung wirklich durchzuführen, und so ergäbe sich, daß die unermessliche Gefahr einer Belagerung des Ruhrgebietes weiterbestehe.

Die Industrie gegen die soziale Ausfuhrabgabe.

mr. Berlin, 7. Aug. Der Hauptauschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschloß, von der Regierung die künftige Aufhebung der sogenannten sozialen Ausfuhrabgabe zu fordern. Die Voraussetzungen, unter denen diese Abgabe seinerzeit von der Zentralarbeitsgemeinschaft beschlossen worden sei, seien bereits im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Abgabe nicht mehr vorhanden gewesen. Im Gegenteil hätte die damals stehende Ausfuhr eine jede solche Hemmung verbieten müssen. Die Wirkung dieser Abgabe sei im höchsten Maß unsozial, da sie den deutschen Erzeugnissen den Zugang zum Auslandsmarkt erschwere und eine weitergreifende Arbeitslosigkeit mit sich bringe.

Der Anlauf zu den Zittauer Unruhen.

mr. Berlin, 7. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Aus Zittau wird gemeldet: Die Stadtverordneten besaßen sich mit den Ereignissen der letzten Woche. Dabei stellte Oberbürgermeister Dr. Kuehl fest, daß sich derjenige Arbeiter, der die angeblichen Worte des Lebensmittelhändlers gehört haben soll, die Arbeiter möchten Sägespäne streuen, wenn sie keine Preise nicht bezahlen könnten, trotz wiederholter Aufforderung nicht gemeldet hat. Diese angeblichen Äußerungen sind bekanntlich der Anlaß zu den Unruhen gewesen.

Eine neue Drahtverbindung mit Italien.

Dr. Berlin, 6. Aug. Das „B. Z.“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Berlin, Dr. Martino, in der dieser betonte, daß der Mangel an politischen Verbindungen der Hauptgrund für die falsche Unterrichtung des Auslandes über den Stand der Dinge in Italien sei. Zurzeit schwebten Verhandlungen, um eine neue direkte Drahtverbindung auf dem kürzesten Wege, nämlich über Innsbruck, herzustellen.

Die Teichener Frage.

mr. Prag, 5. Aug. Im künftigen Auslaß der Nationalversammlung erhaltene der Minister des Äußeren Bensch gestern Bericht über die Entwicklung der Teichener Frage. Im Laufe der Aussprache wünschte der deutsche Senator Dr. Böttcher, der Minister möge dafür sorgen, daß Teichen im Wege der Verhandlungen mit Polen der tschechoslowakischen Republik einverleibt werde, eventuell im Kompensationswege. Der Minister erwiderte, die Grenzfeststellungskommission werde das Recht und auch die Möglichkeit haben, in solchen Fällen den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Er nahm die Anregung des Senators Böttcher an. Hierbei wurde eine Entscheidung angenommen, die mit Schmerz feststellt, daß die Entscheidung der Botschafterkonferenz bei der Lösung der Teichener Frage nicht die historischen Rechte des tschechoslowakischen Volkes gewahrt habe. Gleichzeitig wurde dem Minister des Äußeren Dank und Anerkennung für sein verdienstvolles Werk ausgesprochen, eine Lösung herbeigeführt zu haben, die die vitalsten Bedürfnisse des tschechoslowakischen Staates und Volkes sicherte.

mr. Prag, 5. Aug. Aus Teichen wird gemeldet: Die Teichener Deutschen verlangen, daß in dem Polen zugekannten Gebiet entweder eine Volksabstimmung ausgeführt oder die Entscheidung dahin abgeändert wird, daß die Stadt Teichen der Tschechoslowakei einverleibt wird.

Die belgisch-französische Militärallianz.

mr. Paris, 7. Aug. (Drahtbericht.) Die „Times“ meldet, daß die Militärallianz zwischen Belgien und Frankreich nach dem „Intransigeant“ ihrem Abschluß nahe stehe. Die Unterzeichnung des Abkommens soll durch de la Croix und Millerand vorgenommen werden.

Die Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages wieder verschoben.

mr. Paris, 7. Aug. (Drahtbericht.) Die Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages, die gestern nachmittag erfolgen sollte, ist wieder ausgesetzt worden. Die Unterzeichnung wird nunmehr voraussichtlich am Dienstag erfolgen.

Wiesbadener Nachrichten.

Bei Pensionsverträgen kein Mieteinigungsamt.

Mit der grundsätzlichen Frage, ob bei Pensionskündigungen von den Pensionsinhabern das Mieteinigungsamt ausgesetzt werden muß, hat sich das Frankfurter Landgericht als Berufungsinstanz befaßt und diese Frage verneint. Es handelt sich um folgendes: Eine Pensionsinhaberin hatte an zwei Schwestern ein Zimmer mit voller Pension vermietet, kam jedoch dabei nicht auf ihre Kosten, da Mehrzahlung von den Pensionären nicht zu erlangen war. Sie erwirkte beim Landgericht ein Urteil, wonach die beiden Schwestern die Pension bei einer entsprechenden Geldstrafe event. Haft unverzüglich zu verlassen hätten. Gegen dieses Urteil des Amtsgerichts hatten die beiden Schwestern Berufung beim Landgericht eingelegt. Dort vertrat für die Pensionsinhaberin Rechtsanwalt Dr. Thormann den Standpunkt, daß in diesem Fall das vermietete Zimmer eine nebensächliche Rolle spiele, während die Pensionsgewährung die Hauptsache sei, weshalb der Vertrag als ein Ganzes angesehen werden müsse, für den das Mieteinigungsamt nicht zuständig sei. Das Landgericht hat sich dieser Auffassung nunmehr angeschlossen. Die Berufung wurde abgewiesen und somit entschieden, daß ohne Zustimmung des Mieteinigungsamts die Pensionäre das Zimmer zu verlassen haben. In der ausführlichen Begründung heißt es: Wenn bei einem wirtschaftlichen Vertrag die eine Leistung nur dazu dient, die andere zu ergänzen, dann ist die letztere die Hauptleistung, die nur für den Fall gewährt und gültig ist, daß die Hauptleistung wirksam besteht. Die rechtliche Einheit eines derartigen Vertragsgebildes erfordert auch eine einheitliche Behandlung. Entscheidend ist hierbei, welche Leistung wirtschaftlich als Hauptleistung zu betrachten ist und für die Bemessung der Vergütung am meisten ins Gewicht fällt. Das ist beim Pensionsvertrag, zumal in der jetzigen Zeit, unstrittig die Gewährung der Pension. Demgegenüber spielt die Vergütung für die Unterkunft keine erhebliche Rolle, was sich auch darin äußert, daß für die Miete des Zimmers kein besonderer Preis festgesetzt, dieser vielmehr in die Gesamtergütung eingerechnet wird. Dadurch wird zugleich deutlich, daß es sich bei dem Pensionsvertrag um ein einheitliches Ganzes handelt. Der Pensionsvertrag ist daher als Werkvertrag zu betrachten. Das schließt nicht aus, daß für seine Auflösung, wenn er auf unbestimmte Zeit abgeschlossen ist, eine Kündigung erforderlich ist, die, wie allgemein üblich, nach den Regeln der Mietverträge zu geschehen pflegt. Damit wird aber der Pensionsvertrag nicht insoweit zum Mietvertrag, sondern die Bestimmungen über den Mietvertrag sind nur ergänzend heranzuziehen, ohne daß der Vertrag dadurch seine Einheitlichkeit verliert. Daraus folgt, daß die Vorschriften über den Mietvertrag, die sich nur auf Mietverträge beziehen, auf den Pensionsvertrag keine Anwendung finden, wie im Urteil des Amtsgerichts zutreffend angenommen worden ist.

— Friedhofsanordnung und Bestattungswesen. Mit dem 5. August ist eine neue Friedhofsanordnung und eine neue Gebührenordnung für das Bestattungswesen der Stadt Wiesbaden in Kraft getreten. In der Friedhofsanordnung sind die bisher in mehreren Ordnungen enthaltenen Vorschriften zusammengefaßt und in einzelnen Punkten nach den inswischen gemachten Erfahrungen geändert. Die Gebührenordnung stellt wesentliche Erhöhungen der früheren Gebühren vor. Die bisherige Genehmigungspflicht der Grabdenkmäler usw. ist erweitert. Neu eingeführt sind Gebühren für die Beerdigung. Die Selbstkosten der Stadt für die Bestattungen usw. sind stark gestiegen. Die Gebühren sind aber, wie es in dem Bericht des Magistrats-Vereins heißt, nicht in demselben Verhältnis erhöht worden, so daß die Ausgaben der Stadt die Einnahmen wesentlich übersteigen.

— Die Umfahsteuer für Pensionsinhaber und Hotelbesitzer. Zahlreiche Mitteilungen aus allen Teilen Deutschlands lassen erkennen, daß sich Hotelbesitzer und Pensionsinhaber nicht immer darüber im klaren sind, wie ein für die Besteuerung und Beherbergung vereinnahmtes Gesamtergebnis für die Zwecke der Umfahsteuer zu veranlagen ist. Die erhöhte Umfahsteuer von 10 Prozent ist bei Gewährung einer gerichteten Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Gasthäusern zu entrichten, wenn es sich um einen vorübergehenden Aufenthalt, d. h. einen solchen, der nach den Umständen bei Beginn auf nicht länger als drei Monate berechnet ist, handelt, und wenn das Entgelt für den Tag oder die Übernachtung nicht mehr als 5 M. beträgt. Die Vermieter werden sich jetzt schon bei der Aufzeichnung der vereinnahmten Entgelte darüber klar sein müssen, in welcher Weise sie ein etwaiges Gesamtergebnis zerlegen. Die Umfahsteuerbehörden sind angewiesen, mit den örtlichen Verbänden der Gasthausbesitzer und Pensionsinhaber normale Sätze für die Bemessung des Abzugs für die im Preis enthaltenen Mahlzeiten aufzustellen. Die Vermieter werden gut tun, auch von sich aus eine Festlegung derartiger Normalätze in ihrem Interesse zu veranlassen, um spätere Nachforderungen zu vermeiden. Bei dieser Festlegung wird eine gewalttätig und unnatürlich hohe Bemessung des Bestimmungssatzes zugunsten des Beherbergungsbetriebes haben es hier mit einer jener vielen Bäderlagen zu tun, wie sie mit den meisten Heilquellen und Solen verknüpft sind. Meist ist es weidmüdes Wild, das zur Entdeckung der Quellen führt, oder aber eine weibliche Herde, die sich diese Quellen zur Tränke erfor. Unmöglich ist diese Art der Entdeckung auch im Lüneburger Fall nicht. Tatsache ist, daß die dortige Saline, übrigens eine der größten und qualitativ besten ganz Deutschlands, bereits 1000 Jahre im Betrieb ist. Schon 950 ist sie urkundlich erwähnt. Man kann daher den Stolz der Lüneburger auf dieses schweizerne Museumsstück sehr wohl verstehen.

C. K. Streichhölzer aus Palmblättern. In Cochinchina werden jetzt Streichhölzer und Streichzündstacheln aus Palmblättern hergestellt. Wie im „Neuen Orient“ mitgeteilt wird, haben sich mehrere große Firmen ein Verfahren patentieren lassen, durch das die Blätter der Kokos- und der Palmyra-Palme zur Herstellung von Streichhölzern verwendet werden. Während die Stiele und Wurzeln der Blätter in geschmolzenem Wachs oder Paraffin getaucht und mit annehmbaren Köpfen als Streichhölzer verwendet werden, bringt man die Blätter zunächst in Wasser, weicht sie dann in einer anderen Flüssigkeit und leimt sie darauf zu Schachteln.

* Die neuen Leiter der Frankfurter Rätlichen Bühnen. Die Leitung der beiden Frankfurter Rätlichen Bühnen, die seit der Berufung des Intendanten Dr. Reich nach München unbesetzt war, ist nun endlich wieder vergeben worden. Die Direktion des Schauspielhauses wurde dem auch in Wiesbaden rühmlichst bekannten bisherigen Oberregisseur Richard Reichert übertragen, während der Direktor des Baseler Stadttheaters Dr. Richard Lortz, der früher mit großem Erfolg an den Stadttheatern in Leipzig und Freiburg als Oberregisseur der Oper wirkte, an die Spitze des Opernhauses berufen worden ist. Ihm soll ein neuer erster Kapellmeister von Hof an die Seite gestellt werden.

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. Franz Schrecker hat, einer Einladung der neuangeordneten Salzburger Literarischen Gesellschaft folgend, im Salzburger Mozarteum einem zahlreichen Publikum das Textbuch zu seiner neuen Oper „Irelohe“ vorgelesen. Der ständige Stoff, meißelt sich vorgetragen, machte starken Eindruck auf das anwesende Haus. Der Musik wird nun mit allgemeiner Spannung ausgemessen.

Aus Kunst und Leben.

Z. Der Schinkenknospe im Lüneburger Museum. Zu den Denk- und Lebenswürdigkeiten der Stadt Lüneburg gehört neben dem prächtigen Rathaus, dem berühmten Lüneburger Spieghelhaus und Johanna Stegen, dem Heidenmädchen von Lüneburg, auch der Lüneburger Schinkenknospe. Er befindet sich im Lüneburger Museum in einem Glasfäßchen und soll ein Überbleibsel jenes Schinkens sein, welches der Sage nach die Salzwasser Lüneburgs entdeckte. Ältere Reisebeschreiber spritzten sogar von einem „eingetrockneten Schinken“. Wir

Die Beerdigung findet am Montag, den 9. August, nachmittags 4 1/2 Uhr auf dem Südfriedhof statt.